

Soziales: Offiziell gab es bislang keine Fälle von Gewalt an Senioren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

„Von hoher Dunkelziffer ausgehen“

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind bislang keine Fälle von Gewalt an Senioren bekannt. Doch heißt das noch lange nicht, dass es dieses Phänomen in Ostbelgien überhaupt nicht gibt. Denn Gewalt an Senioren ist schließlich in unserer Gesellschaft noch immer ein Tabuthema.

VON CHRISTIAN SCHMITZ

Darauf hat Sozialminister Antonios Antoniadis (SP) hingewiesen - er antwortete auf eine schriftliche Frage des Gemeinschaftsabgeordneten Michael Balter (Vivant). „Ob aus Angst vor Vergeltung oder weiterer Gewalt, ob aus Scham, überhaupt in diese Situation geraten zu sein - es gibt viele Gründe, warum ein Senior einen Misshandlungsfall nicht meldet. Aber auch das Umfeld spielt eine Rolle“, erklärte der DG-Minister. Auch ohne Erkenntnisse oder registrierte Fälle sollte man nicht davon ausgehen, dass es dieses Problem in der DG nicht gebe.



Auch wenn in der DG noch keine Fälle von Gewalt an Senioren registriert wurden, muss man von einer hohen Dunkelziffer ausgehen, denkt Minister Antoniadis. Illustration: dpa

77,68 Prozent der Fälle von Misshandlung hatten sich in der Wallonie zu Hause zugetragen.

Die Weltgesundheitsorganisation habe im Jahr 2011 geschätzt, dass vier bis sechs Prozent der Senioren Opfer von einer oder mehreren Formen von Misshandlungen im Lebensumfeld waren. Und in der Wallonischen Region habe die Organisation „Respect Senior“ 747 Akten in diesem Zusammenhang begleitet. Am häufigsten (38 %) ging es dabei um psychische Misshandlungen. Aus den genannten Gründen sei von einer „hohen Dunkelziffer“ auszugehen, so der Sozialminister. In den meisten Fällen finde die Gewalt im häuslichen Umfeld statt. Dies hätten auch die Zahlen aus der

Wallonie von „Respect Senior“ dokumentiert: 77,68 Prozent der Fälle von Misshandlung hätten sich demnach zu Hause zugetragen. „Die langfristige Pflege eines Familienmitgliedes ist eine einschneidende Aufgabe für den Pflegenden. Zusätzliche, unbekannte Aufgaben aber auch Hilflosigkeit, Zeitdruck, Ungewissheit und zunehmende Belastung können zu einer Überforderung führen. Schwierig wird es besonders dann, wenn der Pflegend seine Grenzen nicht kennt und nicht respektiert“, so Antoniadis. Um die Gesellschaft besser aufzuklären, sei im Jahr 2006 eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Dabei sollte die Thematik aus Sicht der Professionellen und Angehörigen beleuchtet werden. Neben einer Sensibilisierung der Arbeitskräfte durch

Weiterbildungen sei auch entschieden worden, den Senioren einen Berater zur Seite zu stellen.

Das Ganze wurde auch gesetzlich verankert: Das entsprechende Dekret von Februar 2009 verweist auf die allgemeinen Aufgaben der Beratungsstelle, die Nutznießer über Hilfsangebote bei Gewalt an Senioren zu informieren. Die Beratungsstelle könne in dieser Thematik auch auf externe Fachkräfte zurückgreifen. Damit dies auch in Zukunft so ist, werde im Rahmen des Dekrets zur neuen Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) diese Aufgabe übertragen und weitergeführt. Dabei möchte man vertrauensvoll vorgehen und die gesamte Lebenssituation eines Seniors berücksichtigen. „Hauptaugenmerk eines präventiven

Ansatzes ist die rechtzeitige Beratung und eine Entlastung der Pflegenden. Somit kann einer Überforderung entgegen gewirkt und eine risikoreiche Situation frühzeitig erkannt und dementsprechend begleitet werden“, so der DG-Minister. „Respect Senior“ habe eine Kooperation und einen Erfahrungsaustausch mit einer Partnerorganisation der DG angeboten. Hier biete sich die DSL an, diese Aufgabe weiterzuführen und gegebenenfalls auf das Angebot einer Kooperation einzugehen.

Die Förderung eines selbstbestimmten Lebens sei ohnehin ein elementarer Bestandteil zur Wahrung der Rechte älterer Menschen. Und somit auch ein Schritt auf dem Weg hin zur Bekämpfung von Gewalt an Senioren. Dazu gehörten Sensibilisierungsarbeit,

aber auch die Unterstützung, Schulung und Entlastung von Angehörigen und Pflegekräften.

Opfer könnten sich auch bei der Telefonhilfe melden, die Angehörige oder Pfleger in kompetente Dienste weiterleiten könne. Schließlich leiste die psycho-soziale Beratungsstelle Prisma im Bereich der häuslichen Gewalt wertvolle Arbeit in der Begleitung von Frauen und biete auch Weiterbildungen für Professionelle an. Das Sozial-Psychologische Zentrum (SPZ) könne ebenfalls die Senioren begleiten. Um pflegende Angehörige zu entlasten, arbeite die DG-Regierung am Ausbau der häuslichen Angebote. Das beinhaltet neben der häuslichen Hilfe auch die Förderung alternativer Wohnformen und die Tagesbetreuung.

Software-Update

Auto-Importeure stehen im Visier

Im Rahmen des VW-Abgaskandals hat Wirtschafts- und Verbraucherschutzminister Kris Peeters (CD&V) das Wirtschaftsministerium beauftragt, die Praktiken von Auto-Importeuren gründlich zu untersuchen. „Es scheint, dass gegen die Regeln zur Unterbindung unlauterer Handelspraktiken verstoßen wurde“, heißt es in einer Pressemitteilung von Peeters. Aus diesem Grund hat die Wirtschaftsinspektion 30 Importeure aufgefordert, vollständige Informationen über Software-Updates zu liefern.

Bis heute wurden in Belgien 8.500 Autos umgerüstet. „Ich will alle verfügbaren Mittel einsetzen, um die Wahrheit herauszufinden und alle Informationen zu erhalten. Der Verbraucher hat ein Recht darauf“, so Peeters.

Zu der Sammelklage von Test-Achats gegen VW meinte der Minister noch: „Es gibt keinen Grund, dass belgische Autobesitzer nicht entschädigt werden. Angerichteter Schaden muss repariert werden.“

DG-Saarland

Austausch in Bildungsfragen wurde vertieft

Die DG und das Saarland wöhlen ihren Erfahrungsaustausch in Bildungsfragen intensivieren. Das haben DG-Bildungsminister Harald Mollers (ProDG) und sein saarländischer Kollege Ulrich Commerçon in Saarbrücken vereinbart. Im Mittelpunkt des Besuchs hätten die Erfahrungen des Saarlandes mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Einordnung der saarländischen Förderstrategie für leistungsstarke und begabte Schüler in der Inklusion gestanden, hieß es. Das Saarland und die DG kooperieren bereits in den Bereichen der kulturellen Bildung, des Künstleraustauschs und der Mobilität der Künstler in der Großregion.

Recht: Papier und digital gleichgestellt

Einschreibe-Mail ersetzt alten Einschreibebrief

Keinen Benachrichtigungszettel mehr mit der Aufforderung, ein Einschreiben bei der Post abzuholen, das wegen Abwesenheit des Empfängers nicht zugestellt werden konnte. Schluss auch mit dem ganzen Papierkram, den es zu erledigen gilt, wenn man einen Einschreibebrief versenden will. Das alles soll künftig einfach per Mail möglich sein, meldet das Nachrichtenportal Newsmonkey.be.

Die Abgeordnetenkammer hat einen Gesetzentwurf von Minister Alexander De Croo (Open VLD), zuständig für die Digitale Agenda, verabschiedet, sodass elektronische Dokumente fortan den gleichen rechtlichen Wert als ihre Pendanten auf Papier haben. Demnach dürfen amtliche Dokumente wie notarielle Akten oder Versicherungspolizen digital gespeichert werden, und Einschreiben dürfen als Mail versendet werden. In unserem Land werden jährlich 33,3 Mil-

lionen Einschreiben verschickt. Möglich ist auch eine semi-digitale Sendung: Man verschickt elektronisch, der Empfänger erhält aber weiterhin eine Papierversion.

Offen ist noch, welches Unternehmen die Einschreibemails organisieren will. Bpost scheint vorläufig nicht daran interessiert zu sein, obwohl dies ein interessanter Markt sein könnte: Einschreiben sind in vielen Alltagsbereichen wichtig (Vertragskündigung, Zahlungsaufforderungen usw.), doch ist das heutige System nicht sehr praktisch, wenn das Schreiben wegen Abwesenheit des Empfängers nicht zugestellt werden kann. Dieses Problem wird durch die Einschreibe-Mail gelöst.

Föderalminister De Croo ist enthusiastisch: „Die Gleichstellung von Papier und digital wird eine Revolution in der weiteren Entwicklung der digitalen Wirtschaft unseres Landes auslösen.“ (gz)



Tihange 2 wieder vom Netz: „Banaler Zwischenfall“

Der umstrittene Atomreaktor Tihange 2 ist am Donnerstagabend erneut ungewollt abgeschaltet worden. Es habe sich um eine „Unterhaltsarbeit“ im nicht-nuklearen Teil des Meilers gehandelt, wie das Betreiberunternehmen Engie Electrabel mitteilte. Am Samstagmorgen wurde der Reak-

tor wieder hochgefahren. Konzernsprecher Serge Dauby sprach von einem „banalen Zwischenfall“: „Man muss wissen, dass wir hier von einer Fabrik reden, die etwa 320.000 Teile umfasst und dass Eingriffe wie der aktuelle ein Non-Event sind.“ Tihange 2 musste in diesem Jahr

schon vier Mal „unplanmäßig“ heruntergefahren werden. Auch Doel 1 (3x), Doel 2 (1x), Doel 3 (2x) und Doel 4 (3x) waren im Laufe des aktuellen Jahres schon mehrere Male nicht verfügbar. Der Reaktor Tihange 1 ist seit April vom Netz. Seine Laufzeit soll aber verlängert werden. Foto: belga

Elektrizität

Stromanlage in Esch wird geschlossen

Das Strom- und Gaskraftwerk im luxemburgischen Esch-sur-Alzette, das bislang mit dem belgischen Stromnetz verbunden war, wird definitiv geschlossen. Das haben die Anteilseigner - der größte von ihnen ist mit 65 Prozent Engie Electrabel - in der vergangenen Woche entschieden. Die restlichen Anteile gehören den Unternehmen Enovos Luxembourg und ArcelorMittal Luxembourg (beide haben jeweils 17,5 Prozent). Das Kraftwerk produzierte zu Spitzenzeiten 376 Megawatt Strom - das entspricht etwa einem Drittel der durchschnittlichen Leistung eines Atomkraftwerkes. Geschlossen wird die Anlage, weil sie nicht mehr rentabel ist. Andere Energieformen würden Gas bevorzugt und erhielten auch entsprechende Subventionen, hieß es. Auch an anderen Orten in Europa werden Gaszentralen dichtgemacht, weil sie nicht mehr gewinnbringend sind.